

## **Auftaktkonferenz**

### **„Wege aus der Armut im Landkreis Darmstadt – Dieburg vom 23.05.2011**

#### **Protokoll der Arbeitsgruppe 1 „Arbeitsmarkt und Armut“**

##### **Einführung**

Die Arbeitsgruppe zu „Arbeitsmarkt und Armut“ wurde von Herrn Roman Gebhardt, dem Hauptabteilungsleiter der Kreisagentur für Beschäftigung, moderiert. Die Diskussion konzentrierte sich auf die vier durch die ModeratorInnen vorgegebenen Schwerpunktthemen: ‚Berufseinstieg/Übergang Schule - Beruf‘, ‚Langzeitarbeitslose‘, ‚Prekär Beschäftigte/Working Poor/Aufstocker‘, und ‚Kinder in SGB II-Bedarfsgemeinschaften‘. Die einzelnen Themen wurden in Kleingruppen bearbeitet, die Arbeitsergebnisse wurden im Gruppenplenum vorgestellt.

##### **Hauptprobleme im Handlungsfeld und Auswahl der Themenschwerpunkte**

###### **Berufseinstieg/Übergang Schule – Beruf**

Im Zusammenhang mit dem Themenschwerpunkt ‚Berufseinstieg/Übergang Schule- Beruf‘ wurde insbesondere hervorgehoben, dass es bisher zu wenige passgenaue Angebote für diejenigen SchulabsolventInnen gebe, die auf dem Arbeitsmarkt als schwer vermittelbar gelten. Vor allem SchulabgängerInnen mit Sprachschwierigkeiten aufgrund ihres Migrationshintergrunds sollten in besonderem Maße gefördert werden.

Stärker gefördert werden sollte auch die Elternarbeit im Landkreis, wobei hier die Gruppe der AusländerInnen und MigrantInnen einen hohen Stellenwert haben sollte.

Weiterhin sollten die allgemeinen und die sozialen Kompetenzen der SchülerInnen gestärkt werden, um sie auf die gestiegenen Anforderungen am Ausbildungsmarkt vorzubereiten und zu qualifizieren. Bisher werden viele SchülerInnen diesen Anforderungen nicht gerecht. Die familiären Vorbilder reichen für diese Art der Kompetenzvermittlung oft nicht mehr aus. Es müssen in der Schule gezielte Berufsorientierungsmaßnahmen angeboten werden, um den SchülerInnen mit unsicheren Zukunftsperspektiven eine Orientierungstütze zu liefern. Vor allem sollten SchülerInnen, die sich selbst auf dem Arbeitsmarkt als ‚überflüssig‘ ansehen, einen Arbeitsplatz wieder als lohnende Zukunftsperspektive wahrnehmen.

Bei Angeboten für den Berufseinstieg sollte die Gender-Frage beachtet werden. Der hohe Jungenanteil - insbesondere in Förder- und Hauptschulen - muss in den Blick genommen und zum Anlass für eine gezielte Förderung genommen werden.

Bezüglich des Ausbildungsmarktes im Landkreis Darmstadt-Dieburg wurde der Mangel an Teilzeit-Ausbildungen kritisiert, wodurch insbesondere die Vereinbarkeit von Familie und Beruf erschwert wird. Vor allem für allein erziehende Mütter ohne Ausbildung ist es schwierig, eine Ausbildung zu beginnen. Um effektivere Angebote zur Berufsorientierung anbieten zu können, sollten Netzwerke geschaffen werden, an denen insbesondere die Schulen, die Agentur für Arbeit, die Kreisagentur für Beschäftigung, die Ausbildungsbetriebe und andere Akteursgruppen beteiligt sind und in denen die Zuständigkeiten klar verteilt werden.

Von einer Vertreterin des Landesprojektes ‚OloV‘ wurde betont, dass vor allem die Lehrkräfte mit Hilfe von Fortbildungen und Schulungen für das Thema sensibilisiert werden sollten, um SchülerInnen mit schlechteren Chancen auf dem Ausbildungs- und Arbeitsmarkt gezielt zu

fördern. Bisher werden allerdings von Seiten der Lehrkräfte solche Fortbildungen nur selten in Anspruch genommen. Als Gründe hierfür wurden Überbelastung und mangelndes Interesse der LehrerInnen genannt.

## **Langzeitarbeitslose**

Beim Themenfeld 'Langzeitarbeitslose' wurde als ein Hauptproblem benannt, dass es zu wenige passgenaue Angebote für diesen Personenkreis gibt. Dies sei erst recht so seitdem im Rahmen der Haushaltskonsolidierung des Bundes die Mittel für Eingliederungsleistungen für SGB II-LeistungsempfängerInnen gekürzt worden sind. In Folge dessen sind im Landkreis keine ausreichenden finanziellen Ressourcen vorhanden, um alle Personen mit mehrfachen Eingliederungshemmnissen adäquat zu fördern. Eine intensive Betreuung der Langzeitarbeitslosen wäre notwendig, ist aber aufwendig und teuer.

In der Diskussion wurde betont, dass die Arbeitsagenturen vor allem Wert auf ihre Vermittlungsstatistiken legen. Da weniger Geld zur Verfügung steht, wird überwiegend in den Kreis der Arbeitslosen investiert, der noch 'arbeitsmarktnah' ist. Langzeitarbeitslose sind dagegen für den regulären Arbeitsmarkt, sei es aufgrund ihres Alters oder wegen geringer bzw. fehlender Qualifikation, „überflüssig“ geworden. Finanzielle Mittel in deren Förderung zu investieren, scheint daher aus ökonomischer Sicht für die Agenturen ineffizient zu sein.

Im Landkreis besteht ein Mangel an geeigneten Arbeitsplätzen für diesen Personenkreis. Insbesondere Arbeitsplätze für Ältere und gering Qualifizierte sind kaum vorhanden. Außerdem handelt es sich bei möglichen Arbeitsplätzen für Langzeitarbeitslose zumeist um prekäre Beschäftigungsverhältnisse. Schlechte Bezahlung und kurzfristige Arbeitsverträge haben zur Folge, dass solche Arbeitsvermittlungen meist nur einen vorübergehenden Ausstieg aus der Arbeitslosigkeit ermöglichen. Ebenso ist die Vermittlung in solche Arbeitsplätze in Bezug auf das Thema 'Altersarmut' sehr kritisch zu bewerten.

Ein weiteres strukturelles Problem des Arbeitsmarktes im Landkreis wurde in der geringen Familienfreundlichkeit der Arbeitsplätze gesehen. Daher spielt die Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf im Landkreis noch immer eine wichtige Rolle.

Neben arbeitsmarktstrukturellen Problemen werden auch Vorurteile gegenüber Langzeitarbeitslosen als ein Hauptproblem für ihre Arbeitsvermittlung angesehen. Nach Meinung der GruppenteilnehmerInnen herrscht bei den meisten Arbeitsgebern die Vorstellung vor, dass Langzeitarbeitslose unmotiviert, disziplinos und arbeitsunwillig seien. Bei einigen Langzeitarbeitslosen treffe dies tatsächlich zu. Die Erfahrung einer länger andauernden und erfolglosen Arbeitssuche führe bei diesen Personen zu einem schwindenden Selbstbewusstsein und somit auch zu Perspektiv- und Motivationslosigkeit.

## **Prekär Beschäftigte/Working Poor/Aufstocker**

Den dritten Themenschwerpunkt bildete das Thema ‚Prekär Beschäftigte/Working Poor/ Aufstocker‘. Hier wurden insbesondere verschiedene Risikofaktoren für eine Armut trotz Erwerbsarbeit genannt. Alleinerziehung, befristete Arbeitsverträge, Löhne unterhalb des sozioökonomischen Existenzminimums und prekäre Selbstständigkeit wurden als Gründe für die 'Armut trotz Arbeit' genannt. Außerdem wurde die Regelung, das Einkommen von Kindern und Jugendlichen beim Familieneinkommen anzurechnen, als problematisch angesehen. Für diesen Personenkreis bedarf es im Landkreis einer kostenfreien Kinderbetreuung und eines Ausbaus an bezahlbarem Wohnraum. Auch wenn wichtige Forderungen an die Bundesebene gerichtet sind, wie die Einführung von einem flächendeckenden, gesetzlichen Mindestlohns, sollte gleichzeitig der Regionalblick bezüglich des Landkreises geschärft werden.

Die Punkte 'Steuerfinanzierter Niedriglohnbereich' und 'wachsender Bedarf der Arbeitgeber an kurzfristigen Arbeitsverhältnissen' wurden von den GruppenteilnehmerInnen ohne weiterführende Erläuterungen genannt.

## **Kinder in SGB II – Bedarfsgemeinschaften**

Der vierte Themenschwerpunkt ‚Kinder in SGB II – Bedarfsgemeinschaften‘ wurde von der Arbeitsgruppe nur knapp thematisiert. Dies war zum einen der mangelnden Zeit, zum anderen der aufgeworfenen Frage geschuldet, ob dieser Themenbereich nicht eher dem Schwerpunkt „Bildung und Armut“ zuzuordnen sei.

Hauptsächlich wurde das aktuell verabschiedete Bildungs- und Teilhabepaket der Bundesregierung diskutiert. Die GruppenteilnehmerInnen thematisierten die bisher geringe Inanspruchnahme des Bildungspaketes. Dies erklärten sie u. a. damit, dass der administrative Ablauf der Antragstellung zu kompliziert sei. Außerdem herrsche, insbesondere auch bei den ‚professionellen Fachkräften‘ eine große Unsicherheit, wie dieses Instrument korrekt umzusetzen sei. Im Landkreis sollte daher eine verstärkte Auseinandersetzung mit den Anforderungen und Möglichkeiten des Bildungspaketes stattfinden, um die Anspruchsberechtigten über dieses neue Instrument adäquat informieren und bei der Antragstellung unterstützen zu können. Es sollte eine unkomplizierte Kostenerstattung und eine effiziente und reibungslose Umsetzung des Bildungspaketes garantiert werden, um die Bildungs- und Teilhabemöglichkeiten von Kindern in SGB II-Bedarfsgemeinschaften des Landkreises zu verbessern.

## **Weitere Ideen und Vorschläge zur Bearbeitung des Handlungskonzeptes**

Bezüglich der Fragestellung, inwiefern es weitere Ideen und Vorschläge zur Bearbeitung des Handlungskonzeptes im Handlungsfeld ‚Arbeitsmarkt und Armut‘ gibt, wurde von den TeilnehmerInnen der Arbeitsgruppe betont, dass der Bereich der „Altersarmut“ bisher zu wenig Beachtung gefunden habe. Insbesondere im Zusammenhang mit der steigenden Anzahl von prekärer Beschäftigung und „working poor“, werde die daraus resultierende Altersarmut künftig zu einem ernst zu nehmenden Problem für den Landkreis. Diese Entwicklung müsse wahrgenommen werden, um das Problem heute bereits präventiv anzugehen. Hierfür bedürfe es gezielter Projekte für den Personenkreis der älteren Armen.

Auch den Armutsrisiken „Alleinerziehung“, „Ältere ArbeitnehmerInnen ohne multiple Vermittlungshemmnisse“, „Trennung/Scheidung“ und „prekäre Selbstständigkeit“ sollte ein höherer Stellenwert in der Entwicklung des Handlungskonzeptes gegen Armut eingeräumt werden. Darüber hinaus sollten im Landkreis die Schwierigkeiten und Hemmnisse der beruflichen Wiedereingliederung analysiert und thematisiert werden.

Weiter wurde angeregt, das Thema „Kinder in SGB II-Bedarfsgemeinschaften“ in den Bereich „Bildung und Armut“ zu integrieren. Ebenso wurde der Vorschlag eingebracht, die Konferenz zu Kinderarmut thematisch stark an das aktuell verabschiedete Bildungs- und Teilhabepaket anzulehnen.

Den Entwicklungsprozess des Handlungskonzeptes betreffend, wurde der Vorschlag eingebracht, die Betroffenen aktiv in die Gestaltung mit einzubeziehen und regionale Differenzen im Landkreis zu beachten. Als geeignete Herangehensweise und als sinnvollen Arbeitsansatz wurden von den GruppenteilnehmerInnen hierfür das Konzept der Lebenslage und die sozialraumorientierte Perspektive genannt.

## **Protokoll der Arbeitsgruppe 2: „Bildung und Armut“**

### **Einführung**

Die Arbeitsgruppe mit dem Thema „Bildung und Armut“ wurde von Frau Martina Löffler, Büroleiterin des Kreisbeigeordneten Fleischmann, moderiert. Frau Löffler gab eine kurze Einführung in die Thematik der Arbeitsgruppe und in die vier Themenschwerpunkte ‚Förderbe-

darf im vorschulischen Bereich', ‚Förderbedarf in der Grundschule', ‚Übergänge und Förderbedarf in weiterführender Bildung', ‚Bildungsarmut und außerschulische Bildung'.

Zum Thema ‚Bildung und Armut' wurde einleitend hervorgehoben, dass es eine wichtige Voraussetzung sei, passgenaue Förderhilfen anzubieten und eine bessere Abstimmung schulischer und außerschulischer Handlungskonzepte vorzunehmen. Anschließend wurden die Fragen zur Thematik vorgestellt, die von den TeilnehmerInnen zu bearbeiten waren. Gemeinsam wurde erörtert, wie die Fragestellungen zu den Themenschwerpunkten bearbeitet werden sollen. Es wurde vorgeschlagen, dass sich die TeilnehmerInnen nach Interessen den vier verschiedenen Schwerpunktthemen zuordnen und ihre Ideen und Anmerkungen zum jeweiligen Schwerpunktthema an Wandzeitungen aufzuschreiben sollten, wobei Freiwillige die jeweilige Gruppe leiten sollten. Anschließend wurde gemeinsam an jeder Wandzeitung die Ausarbeitung vorgestellt und eine kurze Diskussion zu den einzelnen Punkten geführt. Die TeilnehmerInnen zeigten großes Interesse und beteiligten sich engagiert an der Bearbeitung der Wandzeitungen.

### **Hauptprobleme im Handlungsfeld und Auswahl der Themenschwerpunkte**

Bei der Bearbeitung der Hauptprobleme im Handlungsfeld wurde in den einzelnen Themenschwerpunkten vor allem auf den Ausbau der vorhandenen Netzwerke eingegangen: Der Aufbau von "frühen Hilfen", die Entwicklung der Kindertagesstätten zu Familienzentren sowie der Ausbau von Ganztagschulen waren hierbei wesentliche Punkte, die ausführlich besprochen wurden.

Es sollten ganztägige Lernkonzepte angeboten werden und der Bildungsprozess sollte früher einsetzen, damit Förder- und Stützsysteme greifen. Ein wichtiger Punkt war hierbei die individuelle Förderung der Kinder und Jugendlichen. Sie sollten nicht nach abstrakten Prinzipien gefördert werden, sondern man sollte Rücksicht auf die individuellen Bedürfnisse der Kinder nehmen. Dazu sind bedarfsgerecht qualifizierte Fachkräfte einzusetzen.

Wichtig war die Begleitung von Kindern und Jugendlichen gemeinsam mit ihren Eltern, die Stärkung der Elternkompetenzen durch Beratungsangebote, Kurse etc. Viele Eltern wissen gar nicht, an wen sie sich bei Fragen und Erziehungsproblemen mit ihren Kindern wenden können. Das Problem liegt weniger in der Vielfalt der Angebote, sondern vielmehr im Erreichen der Eltern und ihrer Kinder. Ein besonderer Diskussionsschwerpunkt lag daher auf der Frage, wie man diese Zielgruppen am besten erreichen und fördern könne. Niedrigschwellige Angebote wurden hier als geeignete Instrumente angesehen. Es sollten aufsuchende Hilfen angeboten werden (z.B. durch ehrenamtliche Familienpaten), um die Familien dort ‚abzuholen, wo sie stehen'. Die Arbeitsgruppe war sich darüber hinaus einig, dass eine sozialräumliche Vernetzung von großer Bedeutung ist. Es sollten "alle Akteure an einem Tisch" zusammen kommen und gemeinsam an der Förderung im Bildungsbereich mitwirken.

### **Welche Angebote gibt es, was hat sich bewährt und was fehlt?**

Zu der Frage, welche Angebote bisher im Landkreis fehlen, gab es eine breite Diskussion. Wie in den anderen Gruppen wurde auch in der Arbeitsgruppe zum Förderbedarf von Kindern im Vorschulalter darauf viel Wert gelegt. Hieraus entwickelte sich die zentrale Fragestellung, wie man möglichst frühzeitig Zugang zu den Familien finden könne. Nicht nur die Ausarbeitung zu frühen Hilfen wie z.B. Hebammen, Netzwerke und runde Tische, sondern auch "Spielkreise" und "Anleitungen" für bildungsbenachteiligte Eltern sollten in den Vordergrund treten.

Über einige Punkte wurde hierbei ausführlicher debattiert. Vor allem die Begriffe "bildungsfern" und "bildungsbenachteiligt" waren Themen, die zu einer breiten Diskussion führten. Die Gruppe war sich zum Schluss einig, statt bildungsfern den Begriff bildungsbenachteiligt zu benutzen.

Auch dem Übergang in die weiterführende Schule (SEK I) wurde eine besondere Bedeutung zugewiesen. Die Gestaltung des Übergangs und seine Begleitung sowie bessere Förderkurse auch in weiterführenden Schulen sollten mitbedacht werden. Es sollte begleitendes Personal für verschiedene Interessengruppen eingesetzt werden. Die Arbeitsgruppe plädierte daneben für ein Überdenken des kompletten Bildungssystems.

Weitere Lösungsansätze waren eine bessere Vernetzungen der Grundschulen, mehr Förderstunden und qualifizierte Betreuungskräfte. Schulsozialarbeit sei zwar vorhanden, doch eine bessere und ortsnahe Beratung sei weiterhin von Nöten. Auch in der außer-schulischen Bildung wurden wichtige Ansätze gesehen. Die Arbeitsgruppe forderte eine Analyse der gesamten Bildungslandschaft und der Infrastruktur im Landkreis. Es wurde kritisiert, dass sehr viele Nachhilfeangebote vorhanden seien, die die eigentliche Aufgabe der Schulen übernehmen. Deshalb wurde ein einheitliches Konzept für die Rahmenbedingungen gewünscht, um zu einfacheren und einheitlicheren Handlungsprozessen zu kommen.

### **Wichtige Akteursgruppen**

Die Frage nach den wichtigen Akteursgruppen/Einzelakteuren wurde ausführlich thematisiert. Es wurden viele Akteure aufgelistet, die eingeladen werden sollten. Dabei legte sich die Gruppe explizit darauf fest, dass neben wichtigen Akteursgruppen auch die betroffenen Kinder/Jugendlichen und ihre Eltern mit einbezogen werden müssten. Wichtig sei es, auch MigrantInnenvereine einzubeziehen, um Familien mit Migrationshintergrund erreichen zu können.

### **Vorschläge zur Erarbeitung eines Handlungsprogramms**

Bezüglich der Fragestellung, inwiefern es weitere Ideen und Vorschläge zur Bearbeitung des Handlungskonzeptes gebe, wurde von den TeilnehmerInnen der Arbeitsgruppe betont, dass im Bereich "Einbeziehung der Schulen und Kindertagesstätten" die Verzahnung mit der regionalen Bildungsplanung, die Intensivierung der Kooperation Schul- und Sozialdezernat und die Einbeziehung von SchülerInnen und Eltern mehr berücksichtigt werden müssten.

Lebensbegleitendes Lernen sollte eingeleitet und der Übergang in die weiterführenden Schulen begleitet werden. Die Teilhabe sollte nicht nur in der persönlichen Entwicklung stattfinden, sondern auch eine soziale und kulturelle Begleitung sei ausschlaggebend. Es sollte auf Ressourcen der Betroffenen aufgebaut werden, die schon vorhanden sind. Auch der Bereich "Armut im Alter" finde bisher zu wenig Beachtung. Es sollten bestehende Konzepte genutzt werden und andere Ländermodelle näher betrachtet werden. Weiterhin sei die Sicherstellung der Umsetzung in den Kommunen - unter Einbeziehung von Politik und Verwaltung - zu beachten.

### **Die Zusammenfassung der Vorschläge**

Abschließend wurden in der Arbeitsgruppe folgende Maßnahmen genannt:

- Die Vernetzung sollte mehr ausgebaut werden (z.B. Elternarbeit).
- Vorhandene Netzwerke sollten erweitert und verbessert werden.
- Bei den Übergängen sollten Eltern und Kinder stärker beteiligt werden (d.h. generell sollten sie an den Prozessen mit beteiligt werden). Eine zentrale Frage sei hierbei: Wie können Betroffene zu Beteiligten gemacht werden?
- Die Übergangsgestaltung sollte in den Vordergrund gestellt werden.
- Notwendig ist eine Analyse der Bildungslandschaft (Analyse der Infrastruktur, Anpassung des Bildungspaketes).
- Von zentraler Bedeutung sind die bereitgestellten personellen und finanziellen Ressourcen.
- Es sollten einheitliche Rahmenbedingungen und Konzepte entwickelt werden.

- Neben professionellen Akteuren sollten auch Betroffene eingeladen werden, z.B. aus MigrantInnenvereinen.
- Eine Verzahnung mit der regionalen Bildungsplanung sei wünschenswert (lebensbegleitendes Lernen, Übergangsgestaltung).
- Notwendig sei ebenso die Intensivierung der Kooperation zwischen Schul- und Sozialdezernat (z.B. Jugendhilfe und Schulentwicklungsplanung).
- Notwendig sei schließlich die Sicherstellung der Umsetzung der Maßnahmen in den Kommunen.

### **Anmerkung zur Themenbearbeitung in der Arbeitsgruppe**

Bei der Bearbeitung der Fragestellungen haben sich die TeilnehmerInnen sehr auf den vorschulischen und schulischen Bereich konzentriert. Dabei sind die erwachsenenbezogenen Themen in den Hintergrund getreten. Nur in Bezug auf Sprachkurse wurde die Förderung der Erwachsenen angesprochen. In der Gruppe wurde dazu festgestellt, dass es zwar sehr wichtig sei, über Kinder und Jugendliche zu sprechen und ihre Förderung in der Bildung zu erörtern. Darüber dürften aber die Erwachsenen nicht vernachlässigt werden. Als Beispiel seien hier vor allem die Alleinerziehenden zu nennen, die - soweit sie z.B. keinen Hauptschulabschluss besäßen - einer besonderen Förderung bedürften. Aber auch Angebote bzw. Kurse für Leseschwächen, Sprachschwächen seien wichtige Möglichkeiten, um Erwachsene in ihrer Bildung zu fördern und ihr Selbstbewusstsein zu stärken.

## **Protokoll der Arbeitsgruppe 3: „Gesundheit und Armut“**

### **Einführung**

Die Arbeitsgruppe zum Thema „Gesundheit und Armut“ wurde von Herrn Otto Weber, Hauptabteilungsleiter für Familie und Soziales im Landkreis Darmstadt-Dieburg moderiert. Herr Weber machte in seiner Einführung darauf aufmerksam, dass der Gesundheitsbereich nur eine geringe Datengrundlage für die kommunale Sozialberichterstattung bereitstelle. Er wies ebenso darauf hin, dass es einen hohen Anteil junger Menschen mit Problemen bei den Schuleingangsuntersuchungen gebe.

Zudem verdeutlichte er, dass gerade Menschen aus armen Familien oft nicht die notwendige gesundheitliche Unterstützung bekommen. Zur Ergänzung seiner Einführung in die Thematik teilte er der Arbeitsgruppe ein Handout aus, welches die Aufgaben der Gruppe, einen Vorschlag zum Ablauf der Arbeitsphase, sowie Problemstellungen und mögliche Themen enthielt.

### **Organisations- und Strukturebene**

Die Arbeitsgruppe legte in ihrer Diskussion einen besonderen Schwerpunkt auf die Frage, wie man die KlientInnen am besten erreichen könne. Auch die Frage des Zugangs zu den Hilfen wurde ausführlich thematisiert. Dabei legte sich die Gruppe nicht explizit auf eine bestimmte Zielgruppe fest, sondern legte vielmehr eine sozialräumliche Perspektive zugrunde, die alle Bevölkerungsgruppen (Alter, Geschlecht, Herkunft) einschließt. Hieraus entwickelte sich die zentrale Fragestellung: Wie kann man möglichst früh Zugang zu den Familien finden?

In der Arbeitsgruppe herrschte Konsens darüber, dass viele Familien gar nicht wissen, an wen sie sich mit ihren Fragen/Problemen wenden sollen. Die Gruppe plädierte für die Entwicklung eines Konzeptes für eine bessere Vernetzung der sozialen Dienste untereinander. Es bestand Einigkeit darüber, dass das Kernproblem nicht in der Vielfalt der Angebote liege, sondern vielmehr im mangelnden Erreichen der jeweiligen Zielgruppe. Zwar gäbe es in manchen Bereichen (z.B. bei ärztlicher und therapeutischer Betreuung) noch einen hohen Bedarf an weiteren Angeboten und Plätzen, dennoch wurde die größte Herausforderung darin gesehen, die Zielgruppen ‚an der Haustür abzuholen‘. Niedrigschwellige Angebote scheinen hierzu das geeignete Instrument zu sein.

## **Hauptprobleme im Handlungsfeld und Auswahl der Themenschwerpunkte**

### **Kooperationen**

Über einige Punkte wurde länger und ausführlicher debattiert. Hierzu gehörte die Kooperation mit der Institution Schule. Die Forderung ging dahin, dass sich die Schulen hin zur Lebenswelt der Heranwachsenden und damit auch für Programme zur Gesundheitsprävention öffnen müssten. Gerade der Entwicklungsprozess für die Konzeption der Ganztagschule bietet hier Chancen, die bisher ungenutzt geblieben sind.

Auch die optimierungswürdige Kooperation von Krankenkassen mit niedergelassenen Ärztinnen und Ärzten war ein wichtiges Thema in der Arbeitsgruppe. Die niedergelassenen Ärzte und Ärztinnen sollten mit ins Boot geholt werden. Viele MedizinerInnen haben nicht die zeitlichen Ressourcen zu beraten. Wichtig ist daher eine Vernetzung von Beratungsstellen und ärztlichen Praxen, so dass die ÄrztInnen an Beratungsstellen verweisen können, ohne dass die Beratungsstellen zu einer Konkurrenz werden. Besonders im Kindesalter gebe es noch zu wenig diagnostische Möglichkeiten. Auch wurde kritisiert, dass Abtreibungen von den Krankenkassen finanziert würden, Maßnahmen zur Verhütung aber nicht. Hier fehle es an Aufklärung und an finanziellen Ressourcen.

### **Psychische Erkrankungen und Armut**

Die Gruppe wies auch dem Faktor der seelischen Gesundheit eine besondere Bedeutung zu. In der frühkindlichen Bildung sei das Personal, z.B. durch lange Betreuungszeiten mit schlechtem Personalschlüssel oft genauso überfordert, wie die Kinder, die viele Stunden von den Eltern getrennt sind. Dies führe bei beiden Gruppen zu hoher psychischer Belastung.



Gleiches gelte auch für die Gruppe der ArbeitnehmerInnen, die mit schwierigen Arbeitsbedingungen zurechtkommen müssten. Schlechte Bezahlung, hoher Druck und harte körperli-

che Arbeit begünstigen sowohl physische wie auch psychische Belastungen und Erkrankungen.

Dabei rückten auch ältere ArbeitnehmerInnen in den Fokus. Viele von ihnen (vor allem solche, die schwere körperliche Arbeiten verrichten müssen) seien bereits mit Mitte 50 arbeitsunfähig. Auch sie wüssten oft nicht, an wen sie sich wenden könnten. Oft sind in solchen oder ähnlichen Lebenslagen mehrere soziale Dienste und/oder Sozialhilfeträger (SGB II, SGB XII) involviert.

### **Weitere Probleme und unberücksichtigte Themen**

In der Diskussion über bisher unberücksichtigte Themen wurden folgende Schwerpunkte benannt:

- Armut erzeugt Stress/Stress erzeugt Krankheit.
- Armut im Alter müsste als zusätzlicher Bereich aufgenommen werden.
- Handlungskonzept: Zugehen auf Zielgruppen.
- Das Instrument der Hilfe ist die Moderation der Hilfe.
- „Arme“ suchen sich Hilfe – aber wer zahlt es dann?
- Ernährung
  
- Wie schaffen wir es, Familien zu beteiligen?
- Wie erreichen wir Familien mit Migrationshintergrund (Infobroschüren in mehreren Sprachen). Die Menschen müssen an der Haustür abgeholt werden.

### **Wichtige Akteursgruppen**

Zudem stellte die Gruppe eine Liste mit wichtigen Akteursgruppen bzw. Einzelakteuren zusammen, die für den Prozess von Bedeutung sind:

- Ärztliche Praxen
- Schulen
- Ehrenamt (verbunden mit ehrenamtlicher Qualifizierung)
- Geburtskliniken (Entscheidende Akteure des Gesundheitswesens) sind nicht mit in die Netzwerkstrukturen einbezogen.
- Gesundheitsämter müssen mit ins Boot geholt werden.
- Landes- und Bundespolitik sollte sich an Arbeitskreisen beteiligen.
- Evangelische und katholische Kirchengemeinden werden eingebunden, andere Religionen wie z.B. der Islam aber bisher nicht. Bereits bestehende Kontakte müssten deutlich ausgeweitet werden.
- Migrant communities: Gebraucht werden MultiplikatorInnen (Integrationsassistenten), die die Sprache sprechen, die Kulturen kennen.
- Krankenkassen
- Amtsgericht/gesetzliche Betreuung
- Betreuungsbehörde

Auch die besondere Bedeutung des Ehrenamtes wurde thematisiert. Der ‚Senioren- und Familienwegweiser‘ für die Bevölkerung sowie das ‚Institutionshandbuch‘ (das online verfügbar ist) für die professionellen Fachkräfte wurden besonders gelobt. Allerdings gab es auch hier Optimierungswünsche (z.B. Mehrsprachigkeit und Verständlichkeit).

*Die vorliegenden Protokolle wurden von Studierenden des Bachelor- und des Masterstudiengangs „Soziale Arbeit“ sowie von MitarbeiterInnen des Instituts für Soziale Arbeit und Sozialpolitik (isasp) der Hochschule Darmstadt erstellt. Die Protokolle wurden im Anschluss an die jeweilige Konferenz mit den ModeratorInnen der Arbeitsgruppen abgestimmt. Für die vorliegende Dokumentation wurden die Protokolle noch einmal redaktionell bearbeitet.*